

IST DENN SCHON WAHLKAMPF?!

Die große Auseinandersetzung der Ideen, wie Wahlkampf auch gerne dargestellt wird, beginnt in dieser Legislaturperiode außerordentlich früh.

Bereits im Dezember wiederholten insbesondere die LSAP-Wahlkämpfer Schneider und Schmit die absurde OGBL-Forderung nach einer 10%igen Erhöhung des Mindestlohns und übersahen bei aller Begeisterung völlig, dass dadurch mehr Probleme entstehen als gelöst werden, und dass insbesondere das sowieso arg strapazierte „Armutrisiko“ durch besagte Maßnahme keineswegs strukturell verringert werde.

Doch es kam noch besser: Arbeitszeit, Sonderurlaube, 52 Wochen... Tatsächlich schien zur Jahreswende insbesondere bei der LSAP und immerhin 10 Monate vor der Wahl ein Wettstreit der Wahlgeschenke entbrannt zu sein, um ja den engsten Schmusekurs mit den Gewerkschaften zu fahren.

Innerhalb nur einer Woche fielen Mitte Januar gleich drei amtierende Minister um, davon 2 von der DP, als es darum ging, sich bei der wichtigsten „Wählergewerkschaft“ einzuschmeicheln, nämlich der CGFP. Und das ganz ohne Not, denn erfreulicherweise hatten bis dahin sämtliche große Parteien nicht auf das unverschämte Ultimatum der CGFP im Zusammenhang mit deren Forderungen reagiert, so dass die Beamtenvertretung riskierte, entweder ins Leere zu laufen oder aber ihre Mobilisierungsfähigkeit demonstrieren zu müssen.

Doch sorgten wie gesagt genügend Minister dafür, dass es nicht zu einer solchen Peinlichkeit kam. Den Anfang machte Erziehungsminister Claude Meisch, als er ankündigte, die Praktikumsdauer für angehende Lehrer zu kürzen. Am gleichen Tag erklärte dann die DP-Präsidentin und Familienministerin Corinne Cahen etwas überraschend, die dreijährige „Stagezeit“ beim öffentlichen Dienst für überholt und schlug vor, das berufliche Anfangspraktikum auf ein Jahr zu beschränken. Somit war das Herzstück der Beamtenstatutenreform zumindest angeschossen, mittels welcher doch eigentlich eine Annäherung der Anfangsgehälter an den Privatsektor hätte stattfinden sollen. Dieser Steilvorlage musste der Minister des öffentlichen Dienstes Dan Kersch natürlich etwas entgegensetzen und so kündigte er an, auch im öffentlichen Dienst den Mutterschaftsurlaub nach der Geburt auf zwei Monate zu erhöhen, ganz so wie es seit knapp einem Monat bereits im Privatsektor der Fall war.

Die große Auseinandersetzung der Ideen ist im Moment also eher ein gegenseitiges Überbieten mit Wahlgeschenken. Diese werden zwar gerne genommen, Anerkennung in Form von Stimmengewinnen ernten die politischen Nikoläuse dadurch aber eher selten. Auch nicht bei Gewerkschaften – hier ist es eher so, dass gleich die nächste Forderung die eben erfüllte ablöst.

Der Wähler urteilt eigentlich weniger über die vergangene Legislaturperiode, und auch gemachte Versprechen wollen auch erst einmal in trockene Tücher gebracht werden. In der Wahlkabine fällt der Wähler vor allem ein Urteil darüber, ob er es der

Partei oder dem Kandidaten zutraut, in den kommenden 4 oder 5 Jahren das Schiff in einem unsichereren Umfeld auf Kurs zu halten. Unter diesem Blickwinkel punkten dann jene Kandidaten, die bereit sind, die großen politischen Themen anzupacken anstatt mit ungedeckten Schecks um sich zu werfen.

Luxemburg steht vor großen Herausforderungen. Das auf Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzuwachs beruhende Wachstumsmodell stößt an seine Grenzen. Mobilität, Wohnen, Altersversicherung, Platz für die Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung im digitalen Zeitalter sind alles Themen, die man in der kommenden Legislaturperiode angehen muss.

Luxemburg wird auch in Zukunft auf ein dynamisches Wirtschaftswachstum angewiesen bleiben. Wenn dieses Wachstum nicht mehr über die demographische Entwicklung gestemmt werden kann, muss an anderen Schrauben gedreht werden. Die offensichtlichste und von der Politik bislang am meisten geschmähte Schraube ist die der Produktivität. Und hier liegt dann auch gleich ein Hauptproblem: rechnet man nämlich den Finanzplatz aus der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung heraus wird klar, dass es eigentlich keinerlei Produktivitätszuwächse zu verteilen gibt.

Ein ähnlich schwarzes Bild ergibt sich bei der Unternehmensrentabilität: hier liegt Luxemburg im europäischen Vergleich an letzter Stelle bei den Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Natürlich müssen die Unternehmen vor allem selber für ihre Produktivität sorgen, Stichwörter sind hier Qualifikation und Innovation. Die Politik steht jedoch auch in der Verantwortung, damit das politische Umfeld den Anforderungen der Zeit gewachsen ist. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle ebenso wie die Verringerung der Bürokratie oder konsequente Investitionen in Aus- und Weiterbildung, um nur diese Faktoren zu nennen.

Natürlich sind das Themen, die nicht jedem gefallen und kontrovers diskutiert werden müssen. Die Parteien müssten den Wählern aber so weit vertrauen, dass sie ihnen eine solche Diskussion zumuten können. Doch dafür müssten sie zu allererst einmal Wahlprogramme überlegen und ausarbeiten und durchdiskutieren, anstatt sie vor laufender Kamera zu improvisieren! Wer traut sich, den Anfang zu machen indem sie beispielsweise der CGFP einen Korb gibt?



Romain SCHMIT | Secrétaire Général
T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu
I www.fda.lu | twitter @romschmi

